

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Bankenskandal auf afghanisch

Durch dubiose Kredite und fehlgeschlagene Immobilienspekulationen in den Golfemiraten ist beim Binahe-Zusammenbruch der privaten *Kabul Bank* (KB) im letzten Jahr wahrscheinlich ein Verlust von umgerechnet 900 Millionen US-Dollar entstanden. Das ist das Dreifache des bisher Bekannten, so die *New York Times* am 31. Januar. Zu den Miteigentümern der Bank gehören jeweils ein Bruder von Präsident Hamed Karzai und von Vizepräsident Muhammad Qasem Fahim. Von den Geldern erwarben afghanische Top-Politiker und Verwandte unter anderem Luxusgrundstücke in Dubai. Präsidentenbruder Mahmud Karzai, der seine Anteile mit einem Kredit derselben Bank erworben hatte, distanzierte sich inzwischen vom Geschäftsgebaren der Bank. Die Kabuler Regierung musste die KB unter Kontrolle der Zentralbank stellen, vertuscht aber die politischen Dimensionen des Skandals. Die Kabuler Regierung wies auch ein Audit-Angebot der USA für sein Bankensystem zurück. Ein Untersuchungsteam der US-Botschaft in Kabul, die eigentlich Verstrickungen der Taliban in den Drogenhandel untersuchen sollte, war laut einem Bericht des Wochenmagazins „The New Yorker“ darauf gestoßen, dass „die Linien, die die Taliban und die Drogenschmuggler verbinden, oft durch die afghanische Regierung verlaufen“. Darin scheint auch die KB involviert zu sein, die sich auch im Hawala-System engagiert, einem traditionellen bargeldlosen Überweisungssystem, das in der islamischen Welt verbreitet ist. Allerdings herrscht dem „New Yorker“ zufolge in Sachen KB ein Maulkorberlass für US-Beamte. Die UN-Drogenbekämpfungsorganisation UNODC und die Weltbank hatten schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass Drogenhändler sich politischer Protektion in Kabul erfreuen. Zudem finanzierte die Bank den Wahlkampf sowohl Präsident Karzais als auch einiger seiner Hauptgegner. Das Magazin zitiert afghanische Offizielle, dass die Bank der „inoffizielle Arm der Karzai-Regierung geworden ist, um Parlamentarier zu bestechen, um sich deren Stimme zu versichern“. Der Skandal war aufgefliegen, als Präsidentenberater Zia Salehi dabei abgehört wurde, wie er Bestechungsgelder einforderte. Als er drohte auszupacken, hatte Karzai persönlich seine Freilassung angeordnet.

US-Freibrief für Karzais

Im Rahmen einer neuen Korruptionsbekämpfungsstrategie für Afghanistan will die US-Regierung keine Untersuchungen gegen hohe afghanische Regierungsbeamte mehr führen. „Begrenzte juristische Kapazitäten und politische Einflussnahme“ machten Erfolge unwahrscheinlich, heißt es in einem internen Papier, das der US-Zeitungsgruppe *McClatchy* vorliegt. Stattdessen soll die Korruption auf Gebietsebene bekämpft und afghanische Kapazitäten gestärkt werden. Diese Richtungsänderung, so der Zeitungsbericht von Anfang Januar, spiegele Kontroversen mit Karzai wider, etwa im Fall Salehis. Bereits im Vorjahr hatten führende britische und US-Militärs in Süd-Afghanistan empfohlen, die Korruptionsbekämpfung der Aufstandsbekämpfung unterzuordnen. Personen, die beim Kampf gegen die Taliban unverzichtbar seien, sollen geschont werden – ein klarer Fingerzeig auf einen weiteren Karzai-Bruder, Ahmad Wali, den starken Mann von Kandahar. Dessen Kämpfer werden zum Teil von den *Special Forces* rekrutiert, obwohl ihm massiv Verbindungen zum Drogenhandel vorgeworfen werden. Im vergangenen Jahr ließen sich Kommandeure der US-Truppen demonstrativ auch mit dem zwielichtigen Milizenführer Abdul Razeq sehen, gegen den ähnliche Anschuldigungen vorliegen.

US-Milliarden verschwunden

Es ist unklar, wie viel von den 55 Milliarden Dollar, die die USA bisher in den Wiederaufbau Afghanistans steckten, tatsächlich ihrem Zweck zugeführt wurden. Dies konstatiert der vom US-Kongress eingesetzte *Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction* (SIGAR) in einem Bericht, der Ende Dezember 2010 veröffentlicht wurde. „Der Audit zeigt, dass es – gelinde gesagt – schwierig ist, in dem verwirrenden Labyrinth der Vergabe von Regierungsaufträgen zu navigieren“, heißt es darin. Das betreffe Außen- und Verteidigungsministerium sowie die Entwicklungsbehörde USAID. SIGAR zufolge könne USAID für beinahe 18 Milliarden Dollar an Entwicklungsprojekten mit rund 7 000 US- und afghanischen Auftragnehmern die Verwendung des Geldes nicht nachweisen. Ein weiteres großes Problem sei mangelnde Transparenz bei beauftragten US-Firmen. Einem weiteren Bericht zufolge seien

Gebäude für die afghanischen Sicherheitskräfte im Wert von 200 Millionen Dollar errichtet worden, die „unbrauchbar“ seien.

Diskussion um US-Basen und PRTs

Präsident Karzai hat bei der Eröffnung des neugewählten Parlaments am 26. Januar eine Formalisierung der Stationierung der US-Truppen in einem sogenannten „*Status of Forces*“-Agreement angeordnet. Er sagte, dass sich seine Regierung bereits über die rechtlichen und strategischen Details im Gespräch befinde und dass eine „langfristige Beziehung zu den Vereinigten Staaten“ im Interesse Afghanistans liege. Entgegen Presseberichten sprach er sich nicht direkt für die Beibehaltung von US-Militärstützpunkten nach dem Abzugsjahr 2014 aus. Dies hatte Ende letzten Jahres der republikanische Senator Lindsay Graham verlangt. Er gefordert Präsident Barack Obama auf, sich für „ein, zwei Basen“ auch nach 2014 stark zu machen; das wäre „ein Signal an Pakistan, dass die Taliban niemals zurück nach Afghanistan kommen werden“. Karzai sagte sogar, dass „Irans Sicherheit niemals von Afghanistan bedroht werde“. Im Januar erklärte ein Kabuler Regierungssprecher, das Thema Stützpunkte sei „nie“ in Gesprächen zwischen beiden Regierungen behandelt worden. Ähnlich äußerte sich auch Washingtons amtierender Sondergesandte für Afghanistan und Pakistan Frank Ruggiero. Laut einem bei *Wikileaks* veröffentlichten Telegramm der Kabuler US-Botschaft habe Karzai jedoch die Basen Kabul (Bagram) und Kandahar als „permanent“ angeboten. Daneben verfügen die USA zurzeit über strategisch wichtige Stützpunkte sowohl an der Grenze zu Iran (Shindand) als auch zu Pakistan (Khost), ein im Bau befindliches *Special Forces-Zentrum* in Mazar-e Sharif sowie eine Vielzahl kleinerer Einrichtungen. Die Anwesenheit der US-Truppen basiert bisher auf nichtöffentlichen Abmachungen; die NATO und eine Reihe von Mitgliedstaaten verfügt über öffentliche bilaterale Vereinbarungen. Die Taliban hatten Senator Grahams Vorstoß zurückgewiesen, der „definitiv den Vorhang von Amerikas kolonialistischen Motiven lüfte“. In derselben Rede sprach sich Karzai auch für die Schließung der einstmals hoch gepriesenen Provinzaufbauteams (PRTs) „sowie unnötiger internationaler Institutionen“ aus. Sie seien „Parallelstrukturen“ und „stellen Haupthindernisse für unsere Anstrengungen zum Staatsaufbau dar“. Viele westliche Regierungen, darunter auch die deutsche, sehen die PRTs hingegen als Instrumente an, Fördergelder an der korrupten Regierung vorbei an Pro-

vinzverwaltungen zu kanalisieren. Während Karzais Forderung nach staatlicher Kontrolle grundsätzlich richtig ist, stellt sie allerdings einen Ringkampf um Ressourcen durch eine noch nicht neu aufgestellte Regierung dar.

Gewalt gegen Frauen auf Rekordhoch

Über 4 000 Fälle an Gewalt gegen Frauen hat das Kabuler Frauenministerium in den letzten neun Monaten des Jahres 2010 registriert, 2 400 davon in der Hauptstadt Kabul. Schon dieses Verhältnis weist darauf hin, dass es sich bei den Angaben nur um die Spitze des Eisbergs handeln dürfte. Kabul ist für die Behörde einfach leichter erreichbar und viele Fälle werden nie angezeigt. In den letzten Wochen hatten die Fälle einer Steinigung eines unverheirateten Liebespaares in der Provinz Kunduz durch Taliban und Dorfbewohner sowie die Entführung und Vergewaltigung einer jungen Frau durch „Sicherheitskräfte“ in Herat für Aufsehen gesorgt. Die Steinigung hatte sich bereits Mitte 2010 ereignet, aber erst im Januar war ein Video davon aufgetaucht und war teilweise in der BBC gezeigt worden. Afghanische Medien berichteten von einem örtlichen Mulla, der sich geweigert habe, die Steinigung zu verurteilen, weil solch eine Strafe im Islam legal sei. Das Parlament warf dem Frauenministerium vor, nicht in der Lage zu sein, solche Gewalt abzuwenden. Bereits Ende vergangenen Jahres hatte ein UN-Bericht zur Lage der Frauen in Afghanistan ein bedrückendes Bild gezeichnet, zu dem „Ehrenmorde“ und Zwangsheiraten gehörten. Unsicherheit und Armut seien die Hauptursachen, aber auch die Kabuler Regierung tue zu wenig, um Frauenrechte zu schützen. Vor der Parlamentswahl hatte Präsident Karzai persönlich die Entlassung einiger Verwandter eines politischen Verbündeten angeordnet, die sich an einer Gruppenvergewaltigung in Nord-Afghanistan beteiligt hatten. Berichte über die sexuelle Ausbeutung minderjähriger Jungen in der Polizei, unter anderem dokumentiert in einem Film, der auf Festivals in den USA gezeigt wurden, führten dazu, dass Afghanistan im Januar der internationalen Konvention beitrug, die die Rekrutierung von Kindersoldaten verhindern soll. Die BBC kommentierte, dass der UN-Bericht „peinlich für die afghanische Regierung und ihre westlichen Unterstützer“ sei, „die oft ein rosiges Bild davon zeichnen, wie sich das Leben der Frauen seit dem Fall der Taliban verbessert habe“. Der gerade ausgeschiedene politische Vertreter der NATO in Kabul, der Brite Mark Sedwill, hatte Ende vergangenen Jahres für zornige Reaktionen gesorgt, als er sagte, Kindern in Afghanistan gehe es besser als Altersgefährten zum Beispiel in „Glasgow“.